

Die europäischen Parteien

THOMAS JANSEN

Nach wie vor lassen sich nur die auf Unionsebene organisierten Verbände der klassischen politischen Familien – Sozialdemokraten, Christliche Demokraten und Liberaldemokraten – als „europäische Parteien“ qualifizieren. Sie sind sowohl nach ihrer Struktur und Wirkungsweise als auch nach ihrem Anspruch und Aktionsbereich transnational; ihr Selbstverständnis, aber auch ihr Handeln weist sie als wichtige Akteure im politischen System der Union aus, für dessen Gestaltung und Entwicklung sie Verantwortung übernehmen. Alle anderen politischen Kräfte, die im Europäischen Parlament vertreten sind – Grüne, Radikale, Rechte, „Gaullisten“ etc. – waren bisher nicht in der Lage, sich entsprechend zu organisieren, da sie in der Regel auf eine nationale Situation fixiert sind, oder weil sie sich aus ideologisch-politischen Gründen nicht übernational einbinden lassen wollen.

Die Aktivitäten der europäischen Parteien nach innen und nach außen waren stark von den Problemen der anstehenden Vertiefung und anschließenden Erweiterung der Europäischen Union bestimmt. Vertiefung bedeutete für die europäischen Parteien konkret ihre Positionierung im Hinblick auf die am 29.3.1996 eröffnete Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages. Erweiterung bedeutete für sie in erster Linie die Verstärkung der Zusammenarbeit und die allmähliche Integration der verwandten politischen Kräfte aus den zukünftigen Mitgliedsländern.

Welches Statut für die europäischen Parteien?

Auch die für die Profilierung und Funktionsweise der europäischen Parteien wichtige Frage der Ausgestaltung des Art. 138a EGV steht in Zusammenhang mit der institutionellen Weiterentwicklung der Union auf der Tagesordnung der Partei- und Fraktionsgremien. Dabei geht es um die Frage, welcher rechtliche Status den europäischen Parteien zuerkannt werden soll, und wie sie materiell bzw. finanziell auszustatten sind, damit sie ihrer Bestimmung gerecht werden können; insbesondere müssen sie befähigt werden, „ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen“¹. Ein Gutachten des Lausanner Europarechters Roland Bieber² zeigte hierfür vier Alternativen auf:

- die Beibehaltung des derzeitigen Zustands, d.h. keine verbindliche Definition eines rechtlichen Status der europäischen Parteien;
- die Regelung der Bedingungen des Tätigwerdens der europäischen Parteien durch das Europäische Parlament, das im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür

- sorgen könnte, daß dieses Tätigwerden den minimalen rechtlichen und finanziellen Erfordernissen entspricht;
- die gemeinschaftsrechtliche Lösung durch die Verabschiedung eines mit Gesetzeskraft ausgestatteten Parteien-Statuts;
 - die Aufnahme von Bestimmungen über die europäischen Parteien in den Unions-Vertrag auf dem Wege der Revision anlässlich der Regierungskonferenz.

Zwischen den europäischen Parteien und vor allem auch zwischen ihren Parlamentsfraktionen ist (bis zum Juni 1996) noch kein Konsens erzielt worden. Es ist aber evident, daß unter objektiven Gesichtspunkten ein Parteien-Statut dem Willen, der in Art. 138a EGV zum Ausdruck kommt, am ehesten gerecht würde. Dies entspräche auch am besten den Gegebenheiten und der offenen Entwicklung, denn ein solches Statut wird man im Zuge des weiteren Fortgangs der Dinge ändern und den im Laufe des Integrationsprozesses neu entstehenden Verfassungslagen anpassen können. Jedenfalls empfiehlt es sich nicht, über die allgemeine Funktionsbestimmung der europäischen Parteien hinaus ihre Struktur verfassungsmäßig festzulegen. Andererseits ist nach Lage der Dinge der Status quo unzureichend, wie übrigens jede Lösung, die nicht einen allgemein gültigen rechtlichen Rahmen setzt, denn die europäischen Parteien existieren bereits; und sie spielen – unabhängig von ihren Parlamentsfraktionen – zunehmend eine wichtige Rolle, weshalb auch die Gefahr vermieden werden sollte, sie in eine irgendwie geartete Abhängigkeit von den Parlamentsfraktionen geraten zu lassen.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Im vergangenen Jahr wurde offenkundig, daß die Konferenz der Parteivorsitzenden und Regierungschefs, und weniger die Treffen des Vorstands, zum entscheidenden Organ für die Entwicklung und Profilierung der SPE³ geworden ist. Außer den beiden Treffen im Vorfeld der Sitzungen des Europäischen Rates (Cannes im Juni; Madrid im Dezember 1995) fanden drei weitere Parteiführer-Konferenzen statt: am 11.11.1995 in Madrid, am 9./10.3.1996 in Lissabon und am 28.3.1996 in Turin. Dafür gab es im wesentlichen zwei Gründe: einerseits hatten die Mitgliedsparteien aus Großbritannien und Dänemark ihre langgehegten Reserven gegenüber der politischen Dimension der europäischen Einigung inzwischen weitgehend zurückgenommen; andererseits nahm das Gewicht der Regierungsparteien in der SPE durch die Erweiterung der Union um Österreich, Schweden und Finnland sowie durch die Wahlergebnisse in Portugal, den Niederlanden und Irland erheblich zu. Die sozialdemokratischen Regierungschefs und die Parteiführer, von denen einige auch als Außenminister unmittelbare Verantwortung für die europäischen Angelegenheiten wahrnahmen, hatten ein manifestes Interesse an den durch die SPE gebotenen Möglichkeiten der informellen Abstimmung unter den prinzipiell gleichgesinnten Kollegen; die Parteiführer in Opposition, insbesondere der neue SPE-Chef, Rudolf Scharping, und der Herausforderer des britischen Premierministers, Tony Blair,

hatten ein ebenso starkes Bedürfnis, die Gelegenheiten der Selbstdarstellung auf europäischer Ebene zu nutzen.

Mehrfach befaßten sich die Partei- und Regierungschefs der SPE damit, die Themen der Regierungskonferenz untereinander abzustimmen. In ihrer Madrider Erklärung vom 14.12.1995⁴ sind dafür folgende Leitlinien festgelegt worden: die Einbeziehung einer Beschäftigungspolitik in den Vertrag; die erneute Verpflichtung der SPE zur Wirtschafts- und Währungsunion; die Forderung nach einer bedeutenden Ausdehnung des Systems der Mehrheitsabstimmung im Rat; die Forderung nach Öffentlichkeit für die Gesetzgebung; die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments durch die Ausweitung der Mitentscheidungsmöglichkeiten.

Auch die Perspektive der Erweiterung der Union nach Osten spielte in den Beratungen der SPE-Gremien eine prominente Rolle. Die Beziehungen zu den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien der Länder, die als aussichtsreiche Kandidaten für einen frühen Beitritt gelten (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei und Slowenien), wurden verstärkt. Ihre Vertreter nahmen am Parteiführer-Treffen in Lissabon teil und sind seitdem eingeladen, in den Arbeitsgruppen der SPE zur Regierungskonferenz und zur Erweiterung regelmäßig mitzuwirken.

Die inhaltlichen Fragen, die bei den Arbeiten der SPE im Vordergrund standen, drehten sich vornehmlich um die katastrophale Beschäftigungslage in nahezu allen europäischen Ländern. Jacques Delors wurde gebeten, bis zum nächsten Kongreß im Frühjahr 1997 Vorschläge für ein Aktionsprogramm zu entwickeln. Er kann sich dabei auf eine Arbeitsgruppe aus persönlichen Beauftragten der Parteiführer stützen, als Grundlage dienen Berichte von Allan Larsson (Schweden) und Svend Auken (Dänemark). Ein Papier des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky, das beim SPE-Gipfel von Lissabon ausführlich diskutiert wurde, setzte sich mit den Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion für die Beschäftigungspolitik auseinander: „Ohne die Verpflichtung zu den Bedingungen für die WWU im Vertrag infragezustellen ... müssen [die Mitgliedsparteien der SPE] ihr soziales und menschliches Konzept einer Gesellschaft weiterentwickeln und es gegen ein Zuviel an Neoliberalismus verteidigen. Der konservativen Vorstellung, daß die Übernahme der Kosten für das Wohlergehen der Menschen zu teuer geworden sei, muß entgegengetreten werden“⁵.

Die Europäische Volkspartei (EVP)

Höhepunkt in der Entwicklung der EVP⁶ war der 11. Ordentliche Kongreß, der vom 5.-7.11.1995 in Madrid unter dem Motto „Die EVP: Kraft der Union“ stattfand. Äußerlich stand dieser Kongreß ganz im Zeichen des erwarteten Wahlsiegs der Partido Popular (PP) bei den für März 1996 angekündigten Parlamentswahlen in Spanien. Deshalb begann der Kongreß mit einer öffentlichen Manifestation im Stadion von Real Madrid, an der etwa 5.000 Menschen teilnahmen. José Maria Aznar, der unbestrittene Führer der PP und Vizepräsident der EVP, wollte der spa-

nischen Öffentlichkeit vor Augen führen, daß seine Partei in Europa zu einer starken und vertrauenswürdigen politischen Familie gehört, und daß die Spanier darin eine bedeutende, wenn nicht eine führende Rolle spielen.

Inhaltlich wurde der Kongreß bestimmt von den Beratungen über die Position der EVP im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996. Als Diskussionsgrundlage diente ein Leitantrag, den eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des deutschen Europa-Abgeordneten und Vizepräsidenten der EVP-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, im Laufe des Jahres 1995 erarbeitet hatte. Unter dem Titel „Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz – Die Europäische Union auf dem Weg zum vereinten Europa“ wurden darin die klassischen Forderungen der EVP in bezug auf den demokratischen und föderalen Aufbau der Union präzisiert und Vorschläge zur Überwindung der Defizite der geltenden Verfahren entwickelt und begründet.

Am Madrider Kongreß nahmen zum ersten Mal die Delegierten der im März 1995 neu aufgenommenen Mitgliedsparteien aus Schweden, Dänemark und Finnland teil. Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Anzahl von Mitgliedsparteien und im Hinblick darauf, daß der Prozeß der Erweiterung noch nicht abgeschlossen ist, legte die Führung dem Kongreß einen Vorschlag für Satzungsänderungen vor, „die es unserer Partei ermöglichen, flexibel auf die aktuellen politischen Herausforderungen zu reagieren“⁷.

Vor allem ging es um eine Aufwertung des Präsidiums, das in Zukunft (ab 1999) nicht mehr durch den Vorstand, sondern durch den Kongreß gewählt werden soll; außerdem wird es durch die Reduzierung der Anzahl der Vizepräsidenten von bisher 13 auf 7 Personen verkleinert. Dieses Präsidium soll vor den Sitzungen des Europäischen Rates mit den Regierungschefs, die der EVP angehören, zusammentreffen. Die Konferenz der Partei- und Regierungschefs, die in der Satzung vorgesehen bleibt, soll nur dann zusammentreten, wenn wichtige Entscheidungen zur Entwicklung der Partei anstehen⁸. Ein neues Gremium, der „Rat“, führt die Parteichefs oder Generalsekretäre der Mitgliedsparteien regelmäßig mit dem Präsidium zusammen, um die politische Linie festzulegen, während der häufiger tagende Vorstand, der aus den Delegierten der Mitgliedsparteien und der EP-Fraktion besteht, die laufenden Geschäfte erledigt.

Die Kopflastigkeit der Konstruktion ergibt sich aus dem Bemühen, in einer Phase, in der die EVP durch die Erweiterung der Union in einem starken Wachstumsprozeß begriffen ist, das Führungspersonal der verschiedenen Ebenen einzubinden.

Im Anschluß an den Kongreß und auf der Grundlage der neuen Satzung wurde am 8.2.1996 das neue Präsidium gewählt. Wilfried Martens erfuhr seine zweite Wiederwahl. Vizepräsidenten wurden José Maria Aznar, der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker, die frühere schwedische Außenministerin Margarete Af Ugglas (Moderata Samling) und der schleswig-holsteinische CDU-Vorsitzende Ottfried Hennig; Schatzmeister wurde der Stellvertretende CSU-Vorsitzende Ingo Friedrich. Da auch der Generalsekretär Klaus Welle, der am 11. April auf Vorschlag des Präsidenten wiedergewählt wurde, dem Präsidium angehört, sind

also von sieben Mitgliedern dieses Führungsgremiums drei deutsch. Das unterstreicht die anhaltende starke Stellung der Unionsparteien, die durch den Zusammenbruch der italienischen Democrazia Cristiana eine weitere Akzentuierung erfahren hat und zu einem gewissen Übergewicht führt⁹.

Die Europäische Liberale Demokratische Reform-Partei (ELDR)

Der 17. Kongreß vom 5.-7.7.1995 in Stockholm brachte einen Wechsel in der Führung der ELDR¹⁰. Auf den belgischen Europa-Abgeordneten und frühen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Willy De Clercq, der über mehrere Jahre an der Spitze gestanden hatte, folgte im Vorsitz Uffe Ellemann-Jensen, Chef der Venstre und früherer Außenminister Dänemarks. Vizepräsidenten wurden der portugiesische Europa-Abgeordnete Antonio Capucho (PSD), Staatsminister Werner Hoyer (FDP) und die Vorsitzende vom österreichischen Liberalen Forum, Heide Schmidt; der Nordire John Alderdice (Alliance Party) wurde Schatzmeister. Als Ehrenpräsident gehört Willy De Clercq ebenso wie der Vorsitzende der ELDR-Fraktion im Europäischen Parlament, Gijs de Vries (Niederlande), und der Generalsekretär Christian Ehlers (Deutschland) dem neuen Vorstand an. Zwischen den Vorstandsmitgliedern wurde eine Arbeitsteilung verabredet, die einer stärkeren Präsenz der Führung und einer effizienten Leitung dienen soll. Der Vorsitzende übernahm selbst die Verantwortung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie für die Aufgaben in bezug auf Osteuropa; Werner Hoyer, der die deutsche Delegation bei der Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages leitet, wurde die Zuständigkeit für die institutionellen Fragen übertragen.

Im Mittelpunkt des Stockholmer Kongresses – wie im übrigen auch der gesamten Arbeit der ELDR im Laufe der darauf folgenden Monate – standen die Erwartungen und Forderungen an die Reform des politischen Systems der Union, wobei der Akzent auf Fragen der Bürgernähe, der Transparenz und der Demokratisierung gelegt wurde. „Putting citizens first“ lautete das Motto. Die in der Kongreß-Resolution hierzu und zu den anderen relevanten Problemen niedergelegten Ideen bewegten sich im ‘mainstream’ der Vorstellungen, die im Europäischen Parlament von der gemeinschaftsfreundlichen Mehrheit getragen werden.

Die Konferenz der Parteiführer, die auf Einladung des Bundesaußenministers Klaus Kinkel am 23.11.1995 in Bonn stattfand, bestätigte im wesentlichen die vom Kongreß eingenommenen Positionen. Die Liste der an dieser Zusammenkunft beteiligten Politiker macht übrigens die derzeitige Schwäche des in der ELDR organisierten politischen Liberalismus deutlich: nach der Niederlage der PSD bei den portugiesischen Wahlen im Herbst 1995 sind nur noch die deutschen und die niederländischen Mitgliedsparteien an Regierungen beteiligt. In der ELDR ist – ähnlich wie in den beiden anderen europäischen Parteien – im Hinblick auf die sich abzeichnende Vertiefung der institutionellen Ordnung und die geographische Erweiterung der Union eine permanente Satzungsdiskussion im Gange. Eine grundsätzliche Reform ihrer Satzung, wie sie EVP und SPE 1990 beziehungsweise

1992 vorgenommen haben, steht bei der ELDR noch aus. Die beiden Fragen, an denen die aktuelle Reformdiskussion festgemacht wird, beziehen sich auf eine eventuell einzuführende „individuelle Mitgliedschaft“, die es natürlichen Personen erlauben würde, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft und Rolle in einer Mitgliedspartei, in der ELDR mitzuwirken, sowie auf die Schaffung des Status einer „affilierten Mitgliedspartei“, wodurch die Möglichkeit eröffnet würde, die nahestehenden Parteien aus den Ländern Mittelosteuropas, die im Laufe der kommenden Jahre in die Europäische Union aufgenommen werden sollen, frühzeitig einzubeziehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Art. 138a Satz 2 EGV.
- 2 „Four alternatives for the legal status of European Political Parties“, hektographiertes Manuskript, 3.2.1994.
- 3 Über Entwicklung und Ereignisse unterrichtet seit September 1995 das zweimonatlich erscheinende FAXINFO. Information Bulletin of the Party of European Socialists, herausgegeben vom SPE-Generalsekretariat (Rue Belliard 97-113, B-1047 Brüssel, Fax 0032.22301766).
- 4 Erklärung der Konferenz der Parteivorsitzenden „Die Europäische Union ins Gleichgewicht bringen“, Madrid, 14.12.1996; Quelle: SPE-Generalsekretariat.
- 5 Brief des Vorsitzenden, Rudolf Scharping, an die Mitgliedsparteien über die „SPE-Aktivitäten und Prioritäten für 1996 und 1997“ (Frühjahr 1996); Quelle: SPE-Generalsekretariat.
- 6 Über die Entwicklung informiert ein relativ häufig erscheinender Dienst: EVP-News, herausgegeben vom EVP-Generalsekretariat (Rue d'Arlon 67, B-1000 Brüssel, Fax 00322.285-4141).
- 7 Wilfried Martens zum EVP-Kongress, in: EVP-News, 34 (1995).
- 8 1995/96 fand nur ein Treffen der Partei- und Regierungschefs statt: am 25.6. in Cannes; allerdings trafen sich die Regierungschefs zweimal mit dem Präsidium: Am 12.6.1996 in Brüssel und am 10.7.1996 in Luxemburg.
- 9 Alle drei Nachfolge-Parteien der Democrazia Cristiana wurden im Laufe des Sommer 1995 als ordentliche Mitglieder der EVP anerkannt: Partito Popolare Italiano (PPI), Centro Cristiano Democratico (CCD) und Cristiani Democratici Uniti (CDU).
- 10 Über die Entwicklung informiert ein vierteljährlich erscheinender ELDR-Newsletter, herausgegeben vom Generalsekretariat, (Rue Belliard 97, B-1047 Brüssel, Fax 00322.2311-230); siehe auch das jährlich neu aufgelegte VADEMECUM.

Weiterführende Literatur

- Gaffney, John (Hrsg.): *Political Parties and the European Union*, London 1995.
- Hix, Simon: „The Emerging EC Party System? The Emerging Party Federations in the Intergovernmental Conferences“, in: *Politics* 13 (1993).
- Jansen, Thomas: *Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP*, Bonn 1996.
- Ladrech, Robert: *Party Networks, Issue Agendas and European Union Governance*. Paper presented at the 24th European Consortium for Political Research, Joint Session of Workshops, Oslo, 29.3. - 3.4.1996.
- Pedersen, Mogens N.: „Euro-parties and European Parties. New Arenas, New Challenges and New Strategies“, in: Andersen, Svein S., Kjell A. Eliasson (Hrsg.): *The European Union. How Democratic Is It?*, London 1996, S. 15-40.